

Ein Bett an der Grenze

Als vor fünf Jahren Tausende Migranten über Belarus in die EU zu gelangen versuchten, reagierte Polen mit Härte. Doch im Ort Michałowo bewahrten einzelne Offizielle ihre Menschlichkeit

Von Piotr Biegasiewicz und Anna Radziukiewicz

Fast fünf Jahre nach den Ereignissen des Herbstes 2021 erinnert das polnische Städtchen Michałowo an eine unbequeme Frage: Was schuldet man einem Menschen, der aus dem Wald kommt?

Am 1. Januar 2009 erhielt Michałowo die Stadtrechte, ein Verwaltungsakt ohne sichtbare Spuren. Zwölf Jahre später erlangte der Name Michałowo durch die Ereignisse im nahegelegenen Wald überregionale Bekanntheit. Im Herbst 2021 tauchte die Stadt in Nachrichtensendungen, Parlamentsdebatten und Zeitungen auf. Bilder erschöpfter Familien gingen durch das Land. Menschen wurden in Fahrzeuge von Grenzschützern gesetzt, niemand wusste, was mit ihnen passierte oder wo sie hingebracht wurden. Über Tage hielt sich eine Frage, konkret und anklagend zugleich: Wo sind die Kinder von Michałowo?

Es waren Kinder aus dem Irak, aus Afghanistan und Syrien, häufig nur spärlich bekleidet. Ihre Familien hatten die polnisch-belarussische Grenze überschritten, wurden aufgegriffen und vermutlich wieder nach Belarus gebracht. Diese Zustände und die Ungewissheit führten dazu, dass der abgelegene Ort, dessen Umgebung von weitläufigen Feldern und Wäldern mit nassen Böden geprägt ist, ins Zentrum einer europäischen Krise rückte.

In der Nacht vom 7. auf den 8. August griff der polnische Grenzschutz 349 Menschen aus dem Irak und Afghanistan auf. Wenig später rückte auch das Dorf Usnarz Górny in den Blick der Öffentlichkeit. Dort saß eine Gruppe von rund 32 Menschen, Schutzsuchende aus Afghanistan und dem Irak, auf der belarussischen Seite der Grenze fest. Polnische Grenzschützer und Soldaten verhinderten die Einreise nach Polen, belarussische Kräfte zugleich die Rückkehr. Über längere Zeit blieb die Gruppe zwischen den beiden Seiten – vor den Augen der Öffentlichkeit – eingeschlossen.

Die Regierung in Warschau sprach von einem hybriden Angriff auf Polen und die EU: Belarus habe die Hoffnung der Migranten auf ein Leben in der EU als Druckmittel gegenüber dem Staatenbund genutzt. Mit diesen Ereignissen stellte sich eine grundsätzliche Frage: Welche Verantwortung trägt ein Rechtsstaat gegenüber Menschen, die zum Instrument staatlicher Politik eines anderen gemacht werden?

Warschau antwortete mit einer beispiellosen Mobilisierung: Anfang November trafen rund 21.000 polnische Uniformierte auf frierende Familien, Verletzte und Kinder, die im Wald, der zum Warteraum zwischen zwei Staaten geworden war, ausharrten und versuchten, zu überleben.

Damals gelangte das englische Wort »Pushback« (Zurückdrängung) in die polnische Alltagssprache: Menschen, die polnisches Gebiet erreicht hatten, wurden durch Sicherheitskräfte zurück auf belarussisches Staatsgebiet verbracht. Für die Betroffenen begann damit oft eine Abfolge aus erneuten Grenzübertritten und stundenlangem Verstecken.

Mit der in der Öffentlichkeit breit diskutierten politischen Einordnung dieser Situation veränderte sich auch, wie die Menschen an der Grenze von der medialen Berichterstattung wahrgenommen wurden. Sie erschienen zunehmend als Teil eines größeren Zusammenhangs, beschrieben in Zahlen, Gruppen und sicherheitspolitischen Kategorien. Die individuellen Geschichten und Lebensumstände traten dabei in den Hintergrund.

Am 30. September, also noch vor der landesweiten Mobilisierung Tausender Uniformierter zur Grenzregion, hielt die polnische Vorsitzende des Stadtrates, Maria Bożena Ancipiuk, eine Krisensitzung ab, zu der auch der stellvertretende Kommandant der örtlichen Grenzschutzstelle eingeladen war. Major Piotr Dederko erschien in Uniform und deutete weinend auf eine Rolle Stacheldraht. Er habe Kinder hinter diesen Draht gebracht, noch einmal werde er das nicht tun. Auf derselben Sitzung behauptete er allerdings auch, manche der geflohenen Eltern zögen ihren Kindern absichtlich die Schuhe aus, um Mitleid zu erregen. Dederko verließ den Saal weiterhin als stellvertretender Kommandant jener Institution, die die Menschen zurückdrängte. An seiner Stellung hatte das Weinen nichts geändert.

Der Stadtrat beschloss beinahe einstimmig, einen Hilfspunkt einzurichten. Vier Tage später öffnete er in der Wache der Freiwilligen Feuerwehr, rechtlich als kommunale Wärmestube geführt, für Menschen, die durchnässt, unterkühlt oder hungrig aus dem Wald kamen. In der Halle lagen Matratzen, in einem Nebenraum Betten, dazu Decken, warme Kleidung, Tee und der Wasserkocher, der später auf vielen Bildern zu sehen war. Feuerwehrleute, Sozialarbeiter, Einwohner und Freiwillige übernahmen die Dienste.

Kamen die Geflüchteten zum Hilfspunkt, musste nach der ersten Versorgung der Grenzschutz über ihr Ankommen verständigt werden, niemand konnte ihnen versprechen, dass sie danach in Sicherheit gebracht würden. Der Hilfspunkt war deshalb keine langfristige Zuflucht, für manche kaum mehr als eine kurze Unterbrechung, bevor dieselbe staatliche »Ordnung« wieder einsetzte. Doch in dieser Unterbrechung konnten nasse Kleider getrocknet und die Hände an einer warmen Tasse Tee gewärmt werden.

Maria Bożena Ancipiuk entschied sich damals, nicht nur aus dem Rathaus hinaus die Geschehnisse zu beobachten, sondern den Schutzsuchenden persönlich zu helfen. »Nacht, Winter. Ich schleppe einen dreißig Kilogramm schweren Rucksack, darin Wasser, Essen, Kleidung. Ich kämpfe mich durch den Wald«, beschrieb sie im August 2026 die damaligen Erlebnisse. »Ein Telefon habe ich nicht dabei, sonst können mich die Grenzschützer orten und hinauswerfen. Niemand soll wissen, was dort geschieht.« Bis heute schreiben

ihr aus verschiedenen Ländern Menschen, denen sie geholfen hat. Auf neueren Fotos erkenne sie manche kaum wieder. Sie sehe nicht mehr die ausgehungerten, verängstigten Menschen aus dem Wald, sondern Leute, die sich langsam ein neues Leben aufbauen.

Der Hof und der leere Teller

Marek Nazarko, der Bürgermeister von Michałowo, erklärte seine Haltung später wie folgt: Ein Mensch kommt auf deinen Hof und bittet um ein Glas Wasser. Du verweigerst es ihm, er stirbt. Was bist du dann?

Solange Schutzsuchende weit weg sind, kann man über Quoten und Sicherheitsrisiken sprechen. Wer auf dem eigenen Hof steht, verlangt zunächst keine europäische Lösung, sondern Wasser. Die politische Lage verändert sich dadurch nicht, sie verliert aber für einen Moment das Recht, jede menschliche Reaktion zu vertagen.

Das Bild berührte einen empfindlichen Punkt der polnischen Selbstbeschreibung. Die damalige PiS-Regierung berief sich häufig auf christliche Werte und die Verteidigung des christlichen Europas. Michałowo stellte diese Begriffe nicht in Frage, sondern nahm sie beim Wort. Bei einer Debatte in Kraków erinnerte Nazarko an den leeren Teller, der in vielen polnischen Häusern am Heiligabend für einen unerwarteten Gast bereitsteht, und fragte, wer diesen je tatsächlich einem Fremden zur Verfügung gestellt habe. Der gefährlichste Feind der Werte, sagte er, sei das leere Wort.

Michałowo ist keine unbekannte Idylle außerhalb historischer Ereignisse. Der Ort entstand im 19. Jahrhundert als Textilkolonie; vor dem Zweiten Weltkrieg lebten hier Juden, Orthodoxe und Katholiken. Während der deutschen Besatzung wurde die jüdische Bevölkerung entrechtet, in Ghettos gezwungen und deportiert, für viele führte der letzte Weg ins Vernichtungslager Treblinka. Daraus ergibt sich keine automatische moralische Überlegenheit der Anwohner, doch Begriffe wie »Fremder«, »Nachbar« und »Verschwinden« haben an diesem Ort eine besondere historische Dimension. Heute prägen orthodoxe und katholische Kirchen ebenso wie belarussische kulturelle Spuren das Ortsbild; öffentliche Investitionen und europäische Fördermittel treiben die Entwicklung des Ortes voran.

Provinz ohne Gehorsam

Die so häufig zu beobachtende Differenz zwischen dem Staat und seinen Bürgern kann in Michałowo bezüglich der Ereignisse aus dem Jahr 2021 nicht so eindeutig erkannt werden: Bürgermeister, Stadtrat, Sozialhilfe und Feuerwehr gehören selbst zur öffentlichen Ordnung. Der Riss verlief eher durch den Staat: Eine Ebene organisierte Abschreckung, eine andere organisierte Hilfe. Die Kommune bestand darauf, dass zwischen dem Auffinden eines Menschen und der Entscheidung über seinen Status noch etwas liegt: die Pflicht, sein Überleben zu garantieren.

Von der Regierung vorgegebene Maßnahmen erscheinen häufig als Entscheidungen, die »oben« getroffen und »unten« ausgeführt werden. Doch jede Vorgabe trifft auf lokale Institutionen und Menschen, die einander kennen.

In Michałowo geriet diese Durchsetzung politischer Vorgaben zeitweise ins Stocken – wenn auch nur im kleinen und äußerst provisorisch.

Deutsche Medien berichteten 2021 genau, wie viele Menschen über Belarus und Polen weiter nach Westen gelangten: Am 21. August schrieb die *Welt* von 500 Ankommenden, zwei Monate später waren es bereits 5.285. Dahinter stand eine stillschweigend durchgeführte europäische Arbeitsteilung: An der Außengrenze sollte Polen aufhalten, was im Rest des Staatenbundes politisch unerwünscht war.

Die Logik der Abschreckung reicht über die nationalkonservative Regierung in Warschau hinaus. Sie begegnet Menschen im Mittelmeer, auf der Balkanroute, am Evros und in den Wäldern von Białowieża. Die Orte wechseln, für die Ankommenden ändert sich auch durch Regierungswechsel wenig. Michałowo leugnete die Herausforderungen nicht, beanspruchte aber auch nicht, über die Einreisepolitik der EU zu entscheiden. Die Stadt erinnerte an etwas Grundlegenderes: Grenzschutz hebt die Verantwortung für einen Menschen, der bereits vor einem steht, nicht auf.

Der eingerichtete Hilfspunkt rettete die EU nicht, beendete die »Pushbacks« nicht und brachte keinen der Toten zurück. Auch in Michałowo blieben Angst, politische Gegensätze und die Grenzen kommunaler Macht bestehen. Doch die Stadt zeigte, dass ein staatlicher Befehl die Wirklichkeit niemals vollständig beherrschen kann. Zwischen Anordnung und Ausführung kann ein kleiner Raum entstehen, in dem jemand eine andere Entscheidung trifft.

In der Feuerwache stand ein Bett bereit. An der Tür hing das Schild »Help Point«. Es versprach weder Aufenthalt noch Rettung, nur dies: Wer hier ankommt, wird zunächst als jemand behandelt, dem kalt ist.

xxx

<https://www.jungewelt.de/artikel/528992.migration-ein-bett-an-der-grenze.html>